

5. Instrumente

■ Absatz 31:

Der wachsenden Bedeutung des Europäischen Parlaments soll durch eine intensivere Begleitung der Ausschüsse und durch gute Zusammenarbeit mit den EP-Abgeordneten bei Wien-relevanten Dossiers Rechnung getragen werden. Der besseren Vernetzung und Information soll auch das Rederecht von Europaparlamentsabgeordneten bei europapolitischen Fragen im Wiener Gemeinderat und Landtag dienen. Weiters soll auch die Vernetzung mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss intensiviert werden, um Wien-relevante Themen zu lobbyieren.

■ Absatz 32:

Die Mitgliedschaft Wiens im Ausschuss der Regionen soll neben der Mitwirkung in der Ausschuss- und Plenumsarbeit genutzt werden, um die städtische Agenda der EU-Politiken zu stärken und die für die interregionale Vernetzung Wiens nötigen Kontakte weiter zu verbessern.

■ Absatz 33:

Wien wird seine aktive Rolle in der Zusammenarbeit mit anderen Regionen fortsetzen und dabei einen Schwerpunkt auf die Nutzung geeigneter europäischer Netzwerke (Eurocities, UCUE, RGRE, Regleg, VRE, Metrex, etc.) legen. Diese bilden ein Forum zum Austausch von „Best practice“, vermitteln Kontakte zu einschlägigen Partnerregionen und stellen eine wichtige Voraussetzung für die Erarbeitung europäischer Projektanträge dar.

■ Absatz 34:

Bei der Verfolgung der genannten europapolitischen Ziele wird sich Wien aktiv in die weitere Ausgestaltung der CENTROPE-Region sowie der „Twin-City-Städte“ Wien und Bratislava einbringen.

6. Leitlinien der Wiener EU-Politik

■ Absatz 35:

Auf Grund der oben angesprochenen Zielsetzungen, Strategien, Forderungen und Visionen der Stadt Wien, beschließt der Gemeinderat folgende europapolitischen Leitlinien:

- Die wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung der EU hat sich an den Prinzipien einer ökologisch und sozial ausgerichteten nachhaltigen Wirtschaft zu orientieren und nicht an neoliberalen Dogmen. Zur Sicherung des europäischen Einigungsprozesses sind eine bessere Koordination und verstärkte ordnungspolitische Maßnahmen z. B. Maßnahmen zur effizienten Regulierung des Finanzsektors sowie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene erforderlich. Eine Verstärkung der sozialen Orientierung der Europäischen Union durch den Vorrang sozialer Grundrechte gegenüber den Grundfreiheiten ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Sozialunion.